

Herbert- und-Greta- Wehner-Stiftung



Protokoll der 10. ordentlichen Sitzung des Stiftungsbeirats am 6.7.2013

Anwesend: Greta Wehner, Dr. Jürgen Schmude, Franz Müntefering, Dr. Klaus Deubel, Dr. Eva-Maria Stange, (Mitglieder)
Prof. Dr. Christoph Meyer (Protokollführer)
Dr. Christian Demuth, Margarete Füßer, Dirk Panter, Karin Pritzel (Gäste)
Entschuldigt: Kurt Beck, Hanjo Lucassen
Ort: bei Greta Wehner, Dresden, Tornaer Straße 56a
Dauer: 13:05 bis 15:00 Uhr.

1. Begrüßung, Formalia

Jürgen Schmude heißt die Anwesenden willkommen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er erinnert an Peter Struck, der uns als Freundeskreissprecher und dann auch als Mitglied des Stiftungsbeirats sehr unterstützt hat. Er war ein großartiger Mensch und Politiker, dessen Hilfe wir geschätzt haben. Wir wollen das ehrende Andenken an ihn bewahren. Die Anwesenden halten einen Moment inne. Jürgen Schmude berichtet sodann, dass es Frank-Walter Steinmeier war, der angeregt hat, Kurt Beck für die Nachfolge zu gewinnen. Dies ist gelungen, weiteres dazu im späteren Verlauf der Sitzung. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird gebilligt. Zu den Themen „Wahlen“ im Freundeskreis sowie zu einer Stellungnahme angesichts der Angriffe Egon Bahrs auf Herbert Wehner soll unter dem Punkt „Verschiedenes“ informiert und gesprochen werden. Gegen das Protokoll der 9. Sitzung bestehen keine Einwände. Zum Protokollführer wird Christoph Meyer bestellt.

2. Finanzbericht 2012

Zu den Finanzen berichtet Christoph Meyer, nachdem Jürgen Schmude die Sitzungsunterlagen vorgestellt hat:

Dem Finanzbericht mit Stand vom 31.12.2012 liegt die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer zugrunde, wonach die Jahresabschlüsse von Stiftung und Freundeskreis als ordnungsgemäß ohne Einwendungen bestätigt worden sind. Die Berichte werden vorgelegt. Jürgen Schmude bestätigt, dass er die Berichte seinerseits genau studiert und auch gezielte Nachfragen an Christoph Meyer gerichtet hat.

Das Stiftungsvermögen, so Christoph Meyer, steigt immer noch linear an. Das verfügbare Geldvermögen einschließlich Freundeskreis beträgt etwa 540.000 Euro (ohne Sachanlagen). Bei den Salden hat die Stiftung 2012 einen etwas höheren Überschuss

erzielt als im Jahr zuvor, während der Überschuss des Freundeskreises leicht rückgängig ist. Das liegt daran, dass die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden stagnieren. Dass dies bei der Stiftung anders ist, liegt daran, dass vor allem Greta regelmäßig direkt auch an die Stiftung spendet.

Sodann stellt Meyer die Einnahmen und Ausgaben von Stiftung und Freundeskreis im Einzelnen vor. Die Bilanzsumme der Stiftung liegt bei etwa 245.000 Euro und ist damit gestiegen. Hinzu kommen die Mittel des Freundeskreises, so dass das Eigenkapital bei insgesamt etwa 553.000 Euro liegt. Beim Freundeskreis sind die Zinsen bei den Banken leicht rückgängig, ebenfalls leicht rückgängig sind die Mitgliedsbeiträge.

Dirk Panter fragt nach den Ursachen für die hohen KFZ-Kosten. Christoph Meyer bestätigt, dass dies am Volvo liegt. Dieser ist im vergangenen Jahr stillgelegt worden, um Kosten zu sparen, musste nun aber dringend entrostet werden. Diese Kosten fallen in diesem sowie im nächsten Jahr (2013) noch an. Es muss aber, wenn der Volvo – was wahrscheinlich ist – nicht als Ausstellungsstück untergebracht werden kann, geklärt werden, was mit dem Fahrzeug auf die Dauer wird, und es deutet sich an, dass er dann aus wirtschaftlichen Gründen veräußert werden sollte. Möglicherweise kann so auch noch eine Einnahme erzielt werden. Jürgen Schmude meint, ihm fällt dieser Posten schon etwas länger auf, und es wäre gut, sich dann bei „Oldtimer-Experten“ umzuhören.

3. Bericht über die Arbeit der Stiftung

Christoph Meyer verweist darauf, dass ein detaillierter Bericht über die Arbeit von Bildungswerk und Freundeskreis später durch Karin Pritzel auf dem Treffen des Freundeskreises erfolgt. Er selbst reißt nur kurz an: Zunächst einmal freut er sich, dass es am Ende tatsächlich keine Rückforderungen des Innenministeriums gibt. Aber andere Entwicklungen (Bundeszentrale, Gründung eines Zweitvereins) geben Anlass zu Sorgen. Abgesehen davon ist die Bildungstätigkeit des Vereins weiter sehr rege.

Freundeskreis und Stiftung unterstützen das Herbert-Wehner-Bildungswerk auf vielfältige Weise. Dazu gehört unter anderem ein Liquiditätsdarlehen, welches im Jahr 2012 zwischen 35.000 und 95.000 Euro geschwankt hat. Diese Art von Zwischenfinanzierung wird das Bildungswerk auf lange Sicht brauchen.

Auch die drahtlose Funk-Übertragungsanlage hat Einnahmen erzielt, die etwas höher liegen als die Abschreibungen. Christoph Meyer geht davon aus, dass auch in diesem Jahr wieder Einnahmen in ähnlicher Höhe anfallen und die Investition sich wohl in etwa drei Jahren amortisiert haben wird.

Zum Thema Archiv und Bibliothek berichtet Meyer über den Besuch des Journalisten Norbert F. Pötzl, der eine Biographie über Wolfgang Vogel schreibt. Je mehr aus den Akten verlässlich über Herbert Wehner geforscht werden kann, desto positiver wird das Bild über ihn werden. Ebenfalls unterstützt die Stiftung die Verzeichnung der Bibliothek, welche wiederum gegenfinanziert wird durch Spenden von Greta Wehner. Wir haben hier den Kern einer öffentlichen Präsenzbibliothek, der auch in einer späteren Immobilie untergebracht werden kann.

Jürgen Schmude merkt an, dass es sich bei der Zwischenfinanzierung für das Bildungswerk um eine notwendige Hilfe zu vernünftigen Zinsen für das Bildungswerk handelt, womit dieser Betrag für eine Bauinvestition nicht zur Verfügung stehen kann. Zu den Stellungnahmen des Landesrechnungshofs und Äußerungen des Innenministeriums meint Schmude, diese hätten großen Anlass zur Befürchtung von Rückforderungen gegeben. Das sah nach einer „verkappten Christenverfolgung“ aus, und zum Glück konnte das, nicht zuletzt mit Hilfe der Landtagsfraktion und anderer Bildungswerke anderer Parteien, zu denen Christoph Meyer Kontakt hatte, abgewendet werden.

Franz Müntefering fragt nach genaueren Informationen zur Arbeit des Bildungswerks, worauf Karin Pritzel antwortet, dies erfolgt dann im Rahmen des Treffens des Freundeskreises.

4. Ziele der Stiftungsarbeit – Stand: Herbert-Wehner-Haus

Beim Thema „Ziele der Stiftungsarbeit“ geht es vor allem um das Projekt „Herbert-Wehner-Haus“.

Christoph Meyer verweist auf die Unterlagen in der Broschüre und außerdem auf das Votum von Christoph Lehmann sowie die dazugehörigen Anlagen, welche den Anwesenden vorgelegt werden.

Er verweist auf die inzwischen langjährigen Bemühungen seit 2007, in deren Folge es gelungen ist, AWO und SPD für ein gemeinsames Projekt zu interessieren. 2011 wurde eine GbR gegründet, die noch nicht erfolgreich gewesen ist, die Dinge gehen aber auf eine Klärung zu.

Christoph Meyer weist noch einmal auf den Beschluss von 2012 hin, der auch die Möglichkeit enthalten hat, Alternativen zur Umsetzung in der GbR zu prüfen, was die Stiftung auch gemacht hat.

Im August 2012 ist in der Sitzung der Gesellschafter berichtet worden, dass derzeit keine Möglichkeit bestehe, ein Grundstück in der Nähe Ostra-Ufer zu erwerben. Es wurde dann besprochen, weiter zu suchen mit dem Ziel, bis Ende Mai 2013 ein Grundstück zu finden. In der Zwischenzeit hat Christoph Meyer sich auch bemüht, Alternativen ausfindig zu machen, verschiedene Optionen geprüft und entsprechende Gespräche mit möglichen Anbietern und Partnern geführt. Es hat sich dabei vor allem um Lagen in der Dresdner Neustadt gehandelt, da diese bei den anderen Partnern in der GbR nicht im Focus der Bemühungen gewesen sind. Schließlich konnte das Grundstück Königsbrücker Straße 22, gegenüber von der Sparkassenfiliale, ausfindig gemacht werden. Es handelt sich hier um ein Eckgrundstück, im Stadtteil gelegen aber auch an herausgehobener Position an der Bundesstraße. Dieses Grundstück ist im Besitz einer Bauunternehmung, die zunächst vorschlug, das Projekt selbst als Generalunternehmerin für schlüsselfertiges Bauen zu realisieren. Die Konditionen wurden erfragt, jedoch lag das Angebot der Gustav Epple GmbH mit etwa 8 Millionen Euro weit über dem, was realistischerweise vorstellbar ist. Hier waren sich alle GbR-Partner einig, dass dies nicht geht. Meyer hat aber gesagt, er könne ja noch einmal nachfragen, ob die Eigentümerin nicht bereit sei, das Grundstück ohne Bauprojekt an uns zu veräu-

ßern. Gegen seine Erwartung ist daraufhin ein Kaufangebot zum Preis von 280.000,- Euro mit Frist bis zum 15.7. vorgelegt worden.

Auf der anderen Seite hat sich in der zweiten Junihälfte doch noch herausgestellt, dass seitens der Eigentümerin dd+v die Bereitschaft besteht, ein Grundstück in der Nähe des Ostra-Ufers zu veräußern, vorzugsweise an der Kleinen Packhofstraße.

Auf der Grundlage dieser und aller vorliegenden Informationen ist die vorgelegte Broschüre entstanden, wozu Christoph Meyer Anmerkungen erarbeitet hat, die er hier vorlegt. Aus seiner Sicht entscheidend ist, dass das Grundstück Königsbrücker Straße 22 eine machbare Option darstellt. Es gibt hier die Schwierigkeit, im Sanierungsgebiet unter den Vorgaben der Erhaltungssatzung bauen zu müssen, das wird aber durch die Lage „nah bei den Menschen“ in einem belebten Stadtteil und bestens sichtbar an einer Hauptverkehrsschlagader mehr als aufgehoben. Es ist das als einzige Lage, die wir haben, eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Standort Kamenzer Straße 12, da es eben die Anbindung an das Stadtleben mit der guten Erreichbarkeit und Sichtbarkeit nach außen hin verbindet.

Die Kleine Packhofstraße bezeichnet Meyer als Nicht-Vorzugsvariante innerhalb der Lage „Ostra-Ufer“, da es sich um eine kleine Nebenstraße handelt, gegenüber der fensterlosen Rückwand von Funktionsbauten, und es gibt Zweifel gegenüber der Sichtbarkeit nach außen. Außerdem heißt die Tatsache, dass da jemand bauen will, noch nicht, dass dort auch in absehbarer Zeit gebaut wird. Es ist ein relativ einsamer Standort, der aber zwei große Vorteile hat: 1. die unmittelbare Nähe zum Landtag und 2. die Möglichkeit, ihn – anders als im Sanierungsgebiet – relativ frei in den Gestaltungsmöglichkeiten zu bebauen.

In Abwägung mit den von Anfang an vertretenen Nutzungszielen, Bildungswerk mit Schaufenster-Ladenlokal, glaubt Christoph Meyer, dass sich, nachdem sich leider das Grundstück Bautzner Straße 57/61 zerschlagen hat, an der Königsbrücker Straße die Möglichkeit bietet, doch zu einem gemeinsamen Projekt zu kommen. Im Übrigen war an der Königsbrücker Straße (allerdings Nummer 8) 1945/46 schon einmal der Sitz des SPD-Landesverbandes.

Meyer erläutert nun den Vorschlag für einen Beschluss, wonach der Erwerb des Grundstücks Königsbrücker Straße 22 vorzugswürdig ist und weiter versucht werden soll, den Hausbau in der GbR zusammen mit Konzentration/SPD und AWO zu versuchen, wozu aber eine Reihe von Kriterien gehört: Lage des Bildungswerks mit Schaufenster im Erdgeschoss, finanzielle Begrenzung auf bis zu 450.000,- Euro (Reserve für Liquiditätsdarlehen an das Bildungswerk), vorheriger Abschluss einer langfristigen Vermietungsvereinbarung mit dem Bildungswerk sowie schließlich: keine Verpflichtung zur Anmietung von Räumen Dritter. Hierzu erläutert Christoph Meyer, auf Nachfrage von Jürgen Schmude, dass dies sich auf das Anliegen der Konzentration GmbH bezieht, ein im Besitz der Letzteren befindliches „Herbert-Wehner-Forum“ mit festen Vereinbarungen an die Partner im Haus zu vermieten. Meyer meint, er würde vorziehen, hier von Fall zu Fall zu mieten oder – wenn sich dies finanziell darstellen ließe – diesen Saal in der Partnerschaft gemeinsam zu besitzen. Diese Dinge sind aber in der

GbR nicht zu Ende diskutiert. Über Nutzungskonzepte wird noch geredet werden müssen.

Jürgen Schmude betont, dass Christoph Meyer ihn stets über alle Schritte und Vorgehensweisen informiert hat. Wichtig sei ihm erstens, dass es eine Verbesserung gegenüber der Lage Kamenzer Straße geben muss. Das schließt eine Realisierung am Ostra-Ufer zwar nicht aus, macht aber die Lage „Kleine Packhofstraße“ nach unseren bisherigen Kriterien ungeeignet. Die weitere Bebauung des ganzen Geländes ist nicht gesichert. Daher ist die Königsbrücker Straße vorzugswürdig. Der zweite Gesichtspunkt ist die Frage, wie die Finanzierung aussieht. Es muss Sicherheit geben, dass die Stiftung sich nicht übernimmt und dem Bildungswerk die Liquiditätsmöglichkeit nimmt. Das muss daher intern klargestellt werden. Ebenfalls muss sichergestellt sein, dass ein wesentlicher Teil des Bildungswerks im Erdgeschoss untergebracht werden muss. Das geben die bisherigen Unterlagen zwar am Anfang, dann in den Ausführungen zu den Einzelheiten aber nicht mehr her. Beim Grundstück Königsbrücker Straße kommt hinzu, dass sich die Verhandlungen dort als schwierig erwiesen haben, da es in der Firma interne Diskussionen gegeben hat. Das führt dazu, dass wir sehr vorsichtig damit sind, jetzt schon außerhalb des bewährten Gesprächsfadens von Christoph Meyer andere in die Verhandlungen einzubeziehen. Damit gibt Schmude die Aussprache frei.

Eva-Maria Stange erklärt, die unmittelbare Nähe zum Landtag sei mitnichten „die Wüste“, sondern es handle sich um ein Grundstück in unmittelbarer Nähe zur Sächsischen Zeitung, zur Semperoper, zum Landtag und zum Kongreßzentrum mit Hotel. Es sei auch verkehrstechnisch gut zu erreichen, das sei also kein Nachteil im Vergleich zur Königsbrücker Straße, die noch dazu laut sei. Sie möchte ausdrücklich davor warnen, sich nur auf eine Variante festzulegen. Wir sind ja drei Partner, und auch die AWO hat ein großes Interesse, mit uns gemeinsam das Haus zu bauen und zu gestalten. Sie würde noch einmal interessieren, wie die Abstimmung mit den anderen Partnern ist. Zum „Herbert-Wehner-Forum“ fragt Eva-Maria Stange, was eigentlich gegen ein gemeinsames Entrée für das Haus und für gemeinsame Veranstaltungsräume – und damit gegen einen Umzug des Bildungswerks in den ersten Stock spricht. Was dort vorgeschlagen wurde, hat etwas für sich, und sie bittet, das nicht direkt abzulehnen. Hier ist die Möglichkeit, etwas neu zu planen und neu zu gestalten mit dem Herbert-Wehner-Forum am Ostra-Ufer als Eingang. Sie plädiert also für Offenheit für beide Standorte.

Dirk Panter schließt an, weil er auch als einer der Gesellschafter in der GbR Vertreter der sächsischen SPD ist und sagen kann, was aus deren Sicht wichtig ist. Was die Kleine Packhofstraße angeht: Es war eine Überraschung, dass dort bei der dd-v der Geschäftsführer gewechselt hat. Der neue Geschäftsführer Herr Dietmann hat jetzt gesagt, mit dem konkreten Käufer, der knapp 6,5 Millionen für die dortigen etwa 11.000 Quadratmeter zahlen würde, würde darüber gesprochen, das Grundstück an der Kleinen Packhofstraße herauszunehmen. Dieses wäre am schnellsten zu bebauen, weil es nach § 34 BauGB hier keines Bebauungsplans bedarf, da es sich an die Umgebungsbebauung anschließt. Allerdings – und hier spricht er auch für die AWO, wenn er das so sagen darf, wir würden andere Lagen bevorzugen, also besonders

das Eckgrundstück Kleine Packhofstraße/Devrientstraße. Das würde allerdings Teil des Bebauungsplanverfahrens sein müssen, was es wohl um ein halbes Jahr verzögern würde, was aber kein großes Problem sei, weil ohnehin ja noch Planungen vorgenommen werden müssen. So ist der Informationsstand nach Christoph Lehmann, der ja erfahren ist und schon einige Erfahrungen mit Bauprojekten, auch größeren wie dem Willy-Brandt-Haus, hat. Es sei natürlich bedauernswert, dass es sich weiter verzögert und der von Hans-Jochen Vogel angemahnte Termin zum 25. Todestag von Herbert Wehner nicht mehr gehalten werden kann. Zum Thema Neustadt merkt Dirk Panter an, dass die Bau-GbR sehr wohl einige Grundstücke dort ins Auge gefasst hatte, so am Albertplatz, Antonstraße und am Bischofsplatz. Aber diese konnten leider nicht realisiert werden. Wir haben schon breit in der ganzen Stadt geschaut, aber es konzentriert sich eben jetzt auf diese beiden Grundstücke. Nach Aussage von Christoph Lehmann steht der Verkauf am Ostra-Ufer unmittelbar bevor, und zwar unter der Bedingung, dass wir als externer Partner „befriedigt werden“. Wichtig ist, auch zu sagen, dass der Grundstücksbedarf angepasst würde an das, was wir brauchen und wir nur kaufen würden, was notwendig ist. Bei ungefähr 600 Euro der Quadratmeter, was dort angemessen ist – im Vergleich zur Königsbrücker Straße bei 450-500 Euro pro Quadratmeter ist es sicherlich ein Stück, das höher zu bewerten ist. Natürlich müsse man bedenken, man sei der erste an einer Baustelle, was auch dauern könne, aber die Königsbrücker Straße muss auch saniert werden, weil sie in miserablem Zustand ist, und da ist auch mindestens ein, zwei Jahre Baustelle zu erwarten, und hier spreche er insofern auch mit für Karlheinz Petersen, er würde es begrüßen, wenn wir keine Vorfestlegungen machen könnten, sondern ganz offen an die Dinge herangehen würden, und da wir unterschiedliche Interessen haben, wiegt das Argument des unbelasteten Neubaus ungleich schwerer.

Greta Wehner wirft ein: Du planst jetzt, die Sozialdemokratische Partei abseits zu pflanzen. Dies sei nicht gewinnbringend in Bezug darauf, dass man Menschen anlocken will. Weil das dort keine Nachbarn gibt, ist das keine Lage. Zum Landtag als solchem hat die Durchschnittsbevölkerung keinen Bezug. Da kommen die normalerweise nicht vorbei. Ein Ort, der abseits von den Menschen ist, lockt keinen an.

Dirk Panter entgegnet: Bei allem Respekt, die Ecklage liegt nicht abseits der Menschen.

Greta Wehner dazu: Wo die SPD jetzt ist, das hat keine Verbindung mit dem normalen Leben, da kommt nur hin, wer auch zur SPD will, und das würde dort am Ostra-Ufer eher noch stärker in Erscheinung treten.

Jürgen Schmude: Wenn das auf der Ecke nicht so schlecht ist, muss man das prüfen. Aber die Bedenken sind richtig: Wir wollen uns nicht verschlechtern, wir wollen dort hin gehen, wo die Menschen sind, dabei bleiben wir.

Klaus Deubel sagt, er begrüßt den Beschlussvorschlag, der ergebnisoffen ist, aber den Standort Königsbrücker Straße bevorzugt. Beides sind sicher gute Standpunkte, aber mit Blick auf die Zielgruppe muss er eindeutig Greta zustimmen. Maritimhotel und Semperoper sind hochkarätige Gebäude, aber das pulsierende Leben in der Neustadt

an der Königsbrücker Straße ist vor dem Hintergrund der guten Erfahrungen mit dem Ladenlokal in der Kamenzer Straße zu bevorzugen.

Franz Müntefering fragt nach dem Datum 15. Juli. Ist das hier eigentlich realistisch? Er kennt leider beide konkreten Örtlichkeiten nicht, so dass er glaubt, eine Ortsbesichtigung wäre sinnvoll. Die wichtigste Frage ist für ihn: Wer hat den Hut auf und wer trägt eigentlich das Risiko? Was kostet das Grundstück, was das Gebäude, geht das eigentlich so weiter, wie kann das koordiniert werden, braucht man einen Stichtag und was sind die anderen Beteiligten bereit zu machen. Sind wir die Bauherren und machen die anderen mit oder geht diese Nummer an den Rand unserer Entscheidungsmöglichkeiten – wer hat am Ende das Risiko? Um wie viel Geld geht es, und muss das nicht unter allen Beteiligten in einem anderen Kreis noch auf den Punkt gebracht werden?

Dirk Panter sagt zum Volumen: Es wird sich auf 3,5 bis 4 Mio. Euro belaufen, davon etwa 1,5 Mio. bei der AWO, die Stiftung 450.000 Euro maximal, und die Konzentration wird dann „den Rest“ tragen, was noch fehlt, etwa zwei Millionen. Zur Lage möchte Dirk Panter noch einmal klar machen, dass der letztjährige Beschluss der Stiftung nicht so wahrgenommen worden ist, dass man als Stiftung auf eigene Faust etwas sucht, das ist jetzt geschehen, ergebnisoffen aber wäre es besser, als vertrauensbildende Maßnahme den Bereich Königsbrücker herauszunehmen in die Gesellschaft hinein. Auch die SPD etwa würde gerne ins Erdgeschoss gehen, das ist noch gar nicht angesprochen worden, aber in der Konstellation mit den Vorgaben der Stiftung geht das eigentlich gar nicht. Die SPD hat sich hier immer zurückgenommen. Bei einem gemeinsamen Haus sind wir dann für alles offen, und die Details müssen dann geklärt werden.

Greta Wehner: Vielleicht können wir dann ja auch sagen, wir machen das überhaupt nicht. Sie sei sowieso skeptisch.

Jürgen Schmude: Das Scheitern kann immer kommen, aber wir bemühen uns, etwas zustande zu bringen, der Gedanke, es außerhalb der Gemeinschaft zu machen, ist für niemanden erfreulich. Er bittet jetzt Christoph Meyer, Punkt für Punkt zu einzelnen Stichpunkten, die angesprochen worden sind, Stellung zu beziehen.

Zunächst zur ersten Etage, warum kein gemeinsamer Empfang im Forum mit gemeinsamer Nutzung? Christoph Meyer: Das Bildungswerk ist im Erdgeschoss im Ladenlokal, und es gibt seitens der Zuwendungsgeber (Innenministerium, Bundeszentrale für politische Bildung) die Voraussetzung, möglichst große Tagungsbereiche im eigenen Besitz auszuweisen. Zweitens ist ein Herbert-Wehner-Forum als gemeinsamer Bereich im Erdgeschoss zu begrüßen. Wir würden das Erdgeschoss auch teilen, für uns war immer wichtig, nah bei den Menschen zu sein. Wir kommen auch mit 80 Quadratmetern unten aus. Ein weiterer Punkt wäre, wenn es finanziell darstellbar wäre, sich einen gemeinsamen Bereich mit den anderen zu teilen (dann aber als Mitbesitzer, nicht als Mieter), dann sei darüber nachzudenken. Voraussetzung wäre aber, dass dies zuwendungsrechtlich nicht zu Schwierigkeiten führt. Hier ist zu großer Vorsicht zu raten. Es ist eine Schwierigkeit, dass es bisher keine gemeinsame „Vision“ für das Haus gibt.

Ein Herbert-Wehner-Forum im Besitz der Konzentration und wir im Obergeschoss ohne Schaufenster, das geht so nicht.

Jürgen Schmude bittet darum, zu sagen, worin die Probleme mit Zuwendungsgebern bei einem gemeinsamen Eingang liegen. Christoph Meyer verweist auf die ihm bekannten Zuwendungsbescheide der sächsischen Mittelgeber, in denen es immer wieder heißt, das gemeinsame Auslegen von Informationen mit der SPD in der Öffentlichkeit ist nicht statthaft.

Christian Demuth meint, in der Neustadt ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung neben dem Büro von Katja Kipping, also der Partei, worauf Christoph Meyer einwirft: Das ist ein Abgeordnetenbüro und nicht die Partei. Demuth meint gleichwohl, hier müsse es doch architektonische Möglichkeiten geben. Jürgen Schmude sagt, das ist richtig, aber man muss hier sehr vorsichtig sein. Christian Demuth regt an, zum Beispiel an der Königsbrücker Straße (Ecklage) aber auch an dem anderen Grundstück, zwei Eingänge zu bauen, das müsse doch möglich sein. Das sehen Schmude und Meyer auch so.

Die zweite Frage: Wie sieht es mit dem Risiko aus, wer steht am Ende dafür gerade, dass wir nicht überlastet werden? Christoph Meyer verweist auf die Diskussion mit Barbara Hendricks dazu, aber hier sind wir noch nicht zum Punkt gekommen. Ansonsten: Natürlich sind wir der kleinste Partner, aber auf der anderen Seite ist diese Summe für uns alles was wir haben, es ist eine Existenzfrage, wir müssen die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung irgendwo unterbringen. Wir können daran kaputt gehen, die anderen, SPD und AWO, wird es danach weiter geben. Insofern müssen wir darauf bestehen, gleichberechtigter Partner zu sein und unser Risiko zu begrenzen.

Jürgen Schmude fragt außerdem, ob die Ecklage an der Devrientstraße besser sei als die Kleine Packhofstraße. Christoph Meyer dazu: Was den Autoverkehr betrifft, ja, was den Fußgängerverkehr, die Stadtteilbindung betrifft, eher nicht. Wir haben immer gesagt, wir würden diese Lage zähneknirschend akzeptieren. Mittlerweile gibt es aber mit der Königsbrücker Straße eine sehr gute Alternative, die hatten wir damals noch nicht.

Eva-Maria Stange kritisiert einen einseitigen Blick auf den Stadtteil. Es gibt auch andere Stadtteile, Pieschen, Gorbitz und andere, die auch nah bei den Menschen sind. Sie wirbt also dafür, nicht einseitig nur auf den einen Stadtteil Neustadt zu schauen. In diesem Bereich treffen sich Leute, die eher schon der SPD, den Linken und den Grünen zugewandt sind. Daher sei die Stelle Ostra-Ufer mit zu überlegen, weil wir da auch auf andere Menschen treffen. Das ist die Zufahrt zum Altstadtzentrum. Christoph Meyer dazu: Das erste Grundstück, das wir 2007 in den Blick genommen haben, lag in Pieschen. Und das wäre für das Bildungswerk auch eine sehr interessante Lage mitten im Stadtteil gewesen. Es war aber die sächsische SPD, die gesagt hat, das ist uns zu weit abgelegen. Und so wurde Einigkeit darüber erzielt, dass es die Altstadt sowie die Neustadt sind, die grundsätzlich für das Herbert-Wehner-Haus in Frage kommen. Sollte das Projekt als gemeinsames scheitern und am Ende die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung doch einen Alleingang machen müssen, dann kämen Lagen wie Pieschen, Gorbitz, Löbtau und andere selbstverständlich wieder in Frage, zumal dort wahr-

scheinlich auch günstigere Preise sind als in der hoch nachgefragten Dresdner Neustadt. Was die Frage des Publikumsverkehrs betrifft, sagt Meyer: Es kommen zahlreiche Menschen regelmäßig in die Neustadt, die dort nicht wohnen. Insofern strahlt die Lage dort auch auf Menschen aus den anderen Stadtteilen stark aus. Und die Königsbrücker Straße als Bundesstraße ist eine der Hauptverkehrsschlagadern von Dresden. Hier ist mindestens genau so viel auch überregionaler Verkehr wie am Ostra-Ufer. Es hat nie eine einseitige Festlegung der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung auf die Neustadt gegeben.

Jürgen Schmude sagt, diese Fragen werden hier angesprochen, etwas vertieft, aber nicht verbindlich geklärt werden können. Zur Frage nach dem 15. Juli als Termin ist sein Eindruck, das kann wohl nicht gehalten werden. Es ist also die Frage, ob der Anbieter das offen hält. Die Beiratsmitglieder sollten sich vor Ort ein Bild von den Standorten machen. Wir werden uns auch mit dem Risiko stark zu beschäftigen haben. Und mit der Lage im Gebäude – hier können nicht einfach SPD und Bildungswerk in einen Topf kommen.

Dirk Panter sagt noch einmal zum Thema des Risikos: An der Stelle sind alle Gesellschafter klar dabei, dass dies nicht dazu führen kann, dass die Stiftung am Ende „über die Wupper geht“, andererseits darf auch die Konzentration nicht überfordert werden, aber es ist klar, dass die Stiftung hier nicht über ihr Limit gehen kann.

Jürgen Schmude weist darauf hin, dass Barbara Hendricks diesbezüglich bisher nicht sehr aufgeschlossen war, und sich auch schriftlich entsprechend geäußert hat. Hier muss noch einmal darüber geredet werden. Er lenkt jetzt über zum Beschlussvorschlag. Das Bemühen zu einem gemeinsamen Projekt ist klar, die Königsbrücker Straße wird als vorzugswürdig bezeichnet, aber nicht einseitig. Und es gibt eine Reihe von Dingen, die noch zu klären sind und hier benannt werden. Der Vorstand ist grundsätzlich in allen Fragen handlungsfähig, aber sobald es über 100.000 Euro hinaus geht, muss der Beirat informiert werden. Dann kann jedes Beiratsmitglied eine Sitzung verlangen, und wenn das Geschäft dann nicht beschlossen wird, muss es unterbleiben. Dieser vorgelegte Beschlussvorschlag sieht das Geschäft noch nicht vor. Wenn es dann ernst wird, ist der Beirat zu verständigen, und jede und jeder von uns kann bremsen, der Beirat als ganzer kann es sogar absagen.

Eva-Maria Stange würde gerne den Satz, das Grundstück Königsbrücker Straße sei vorzugswürdig, gestrichen haben. Es sollte besser offen bleiben, und sie kann die Vorzugswürdigkeit nicht auf den ersten Blick erkennen, auch wenn gewisse Argumente für die Königsbrücker Straße 22 sprechen. Auch Dirk Panter sagt, das Vertrauensverhältnis würde eher gestärkt, wenn der Satz gestrichen wird. Jürgen Schmude sagt, es gibt eine erhebliche Präferenz für die Königsbrücker Straße und fragt nach einem möglichen Kompromiss. Nach Diskussion einigen sich die Beiratsmitglieder dann auf den folgenden Beschluss, der einstimmig gefasst wird:

„Der Stiftungsbeirat spricht sich für den Erwerb eines Grundstücks zum Bau des Herbert-Wehner-Hauses aus, der möglichst gemeinsam mit Konzentration/SPD und AWO erfolgen soll. Aus Sicht der Stiftung gibt es Vorzüge des Grundstückes Königsbrücker

Straße 22.

Vor Abschluss einer Vereinbarung über ein gemeinsames Projekt mit AWO und Konzentration/SPD sind die folgenden Kriterien zu klären:

1. Keine Verschlechterung gegenüber der bisherigen Lage und Unterbringung des Herbert-Wehner-Bildungswerks: Lage der Räumlichkeiten des Herbert-Wehner-Bildungswerks im Ladenlokal mit Schaufenster im Erdgeschoss,
2. Zuverlässige Begrenzung des finanziellen Engagements der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung auf EUR 450.000,- (notwendige Finanzreserve von EUR 100.000,-),
3. Abschluss einer langfristig verbindlichen Mietvereinbarung mit dem Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V. durch die Stiftung,
4. Keine Verpflichtung zur Anmietung von Räumen Dritter.“

Franz Müntefering fragt nach den nächsten Schritten. Wie geht es jetzt weiter? Christoph Meyer meint, zunächst werden die Informationen über die Beiratssitzung erstellt und weitergegeben werden müssen. Dann sei da das Problem mit der Angebotsfrist 15. Juli. Angesichts dessen sei es notwendig, dass er den Eigentümern mitteilt, dass wenn sie auf dem Kaufpreis von 280.000 Euro bestehen, eine Fristverlängerung gewährt werden muss. Zu begründen sei dies mit den zu klärenden sanierungsrechtlichen Fragen (Ablösesumme) und der sich aus all dem ergebenden Notwendigkeit, eine Bauherrengemeinschaft für dieses Grundstück zustande zu bringen und Grundzüge der Planung zu erarbeiten. Dabei könne er nicht ausschließen, dass dieses Ansinnen einer Fristverlängerung zum Scheitern führt.

Franz Müntefering fragt nach, ob es einen regelmäßigen Austausch zwischen SPD, Konzentration, AWO und Stiftung gibt. Dirk Panter und Christoph Meyer bestätigen, dass dem so ist und sich dies in den letzten Wochen sehr intensiviert hat.

5. Wahlen

Turnusgemäß stehen Neuwahlen der Stiftungsorgane an.

Für das Amt des Stiftungsvorstands/Vorsitzenden der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung kandidiert Prof. Dr. Christoph Meyer. Er wird einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.

Für das Amt des Vorsitzenden des Stiftungsbeirats der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung kandidiert Dr. Jürgen Schmude. Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Franz Müntefering die Sitzungsleitung. Jürgen Schmude wird einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.

Jürgen Schmude fragt, da ja die Möglichkeit besteht, ob nicht Eva-Maria Stange doch noch für das Amt einer weiteren stellvertretenden Beiratsvorsitzenden kandidieren möchte. Da dies nicht der Fall ist, geht Schmude zum nächsten Wahlgang über. Als Nachfolger von Peter Struck konnte Kurt Beck gewonnen werden, als neues Beiratsmitglied zu kandidieren. Kurt Beck wird sodann einstimmig und im Einvernehmen mit Greta Wehner gewählt.

6. Verschiedenes

Jürgen Schmude erläutert den Punkt „Wahlen“ bei der Freundeskreissitzung. Hier ging es um das Amt des Ersten Stellvertretenden Sprechers. Als Peter Struck Freundeskreissprecher war und klar wurde, er ist als Fraktionsvorsitzender stark eingebunden, wurde das Amt geschaffen und Jürgen Schmude hat, das ist auch jetzt noch der Stand unter dem Sprecher Frank-Walter Steinmeier, die Aufgaben des Freundeskreissprechers als Erster Stellvertretender weiter vollumfänglich mit wahrgenommen. Dazu gehört es, sich um den Kleinkram zu kümmern, Sitzungen und Programme vorzubereiten und die Detailfragen als so eine Art „Obergehilfe“ mit regeln zu helfen. Um Reibungsverlusten zu entgehen und die Koordination zwischen Bildungswerk, Geschäftsführung und Stiftung weiter zu verbessern, hat Jürgen Schmude es sinnvoll gefunden, dass Christoph Meyer diese Aufgabe übernimmt. Nun hat er aber gehört, im SPD-Landesvorstand bzw. beim Landesvorsitzenden gab es dazu Überlegungen, das könne auch jemand anderes werden, das könne zum Beispiel Martin Dulig werden. Ohne da zur Person zu sprechen, meint Jürgen Schmude, das könne er sich angesichts der Beschreibung und der damit verbundenen Aufgaben nicht recht vorstellen, aber darüber könne man ja reden. Nur: So kurzfristig und mit zwei Kandidaturen und einer Kampfabstimmung im Freundeskreis würden wir einen Schaden erzeugen, den wir uns ersparen sollten. Er könne es jetzt auch noch ein weiteres Jahr machen. „Ich traue mir noch ein Jahr zu und dann kucken wir mal, wie wir das weitermachen.“ Er wird daher vorschlagen, den Punkt Wahlen für nachher abzusetzen.

Eva-Maria Stange ist sehr dankbar für das Absetzen des Punktes. Eine offene Abstimmung sei nicht sinnvoll. Sie hatte nicht nachgefragt, was unter dem Punkt Wahlen vorkommt. Es wäre sinnvoll, darüber noch einmal nachzudenken, auch weil Christoph jetzt andere Aufgaben hat. Für Martin Dulig spricht, dass er als Landesvorsitzender für den Freundeskreis positiv wirksam wäre.

Es wird also eine Denkpause von zwölf Monaten angesetzt.

Der weitere Punkt ergibt sich aus dem Beschlussvorschlag einer „Erklärung zum 10jährigen Bestehen der Stiftung“, in der es um das Andenken von Herbert Wehner geht. Das hat den Hintergrund jener Aktivität von Egon Bahr, in welcher er in Buch und Interview Begriffe wie „Verrat“ und „eine Art Hochverrat“ verwendet hat. Bahr hat durch verschiedene Einzelbehauptungen den Eindruck erweckt, im Verhältnis Brandt-Wehner und Wehner-Bundesregierung sei es nicht mit rechten Dingen vorgegangen. Christoph Meyer hat das alles Punkt für Punkt widerlegen können. Egon Bahr hat dazu auf seinen „Kanal“ mit Moskau verwiesen. Jürgen Schmude: Bahr weiß es zu schätzen, dass er momentan als Zeitzeuge so nachgefragt ist und er hat auch große Ver-

dienste, aber was er geäußert hat, ist nicht hinzunehmen. Es gab vergangene Woche ein persönliches Gespräch zwischen Jürgen Schmude und Egon Bahr, wo angesichts dessen nicht viel Bewegung zu erzielen war, aber immerhin habe Bahr gesagt, über das Wort „Verrat“ oder „Hochverrat“ könne man reden. Die Folgerung, auch vor dem 22. September, ist: Wir machen deutlich, dass wir die Integrität Herbert Wehners nicht in Frage stellen lassen, ohne allerdings eine Schlammschlacht zu führen. Kurt Beck hat im Übrigen gesagt, er wäre bereit, das in einem Gespräch in der Friedrich-Ebert-Stiftung zu bereden, wobei dann sowohl Jürgen Schmude als auch Franz Müntefering gefordert wären.

Greta Wehner sagt, Egon Bahr sei ihr ein unglaubliches Rätsel. Herbert hat sie schon 1953 vor Bahr gewarnt: „Greta, halte dich zurück bei dem, das hat keinen Sinn.“ Von Anfang an ist da etwas gewesen, aber warum Bahr diese Vorwürfe erhebt, weiß sie nicht. Sie hat ihn vor zwei, drei Jahren einmal getroffen, da hat er gefragt, was sie denn gegen ihn habe. Sie habe geantwortet, sie habe gar nichts gegen ihn.

Jürgen Schmude sagt, bei dem Gespräch habe Bahr sogar manche Gelegenheit genutzt, Herbert Wehner zu loben und ihm Respekt zu erweisen. Aber wir können nicht alle Rätsel dieser Welt lösen. Jetzt gehe es darum, einen Text zu verabschieden und ihn dann zu verbreiten.

Franz Müntefering bedankt sich für die Vorlage und sagt, das ist das Mindeste, aber auch alles was wir jetzt tun können, damit die Partei nicht weiter zu Schaden kommt. Das Gesprächsangebot würde er mit wahrnehmen, aber nicht gerne. Wenn es „geheime Kanäle“ gibt, dann ist die Frage, was ist darüber zu sprechen? Die ganze Sache ist ziemlich belastend. Er empfiehlt, sich an das zu halten, was dort steht: Positiv Herbert Wehners Leistungen und Integrität betonen und zu bestätigen. Seine Verdienste in Bezug auf die Westpolitik zu unterstreichen. Die Rede von 1960. Vorher hatten die Sozialdemokraten auf der Bundesebene angesichts der deutschen Teilung große Schwierigkeiten mit der Westorientierung, und das war ein weiter Weg, und Herbert Wehner hat in seiner Rede Realität da hineingebracht und das klargestellt. Und dann war er 1966 als „gesamtdeutscher“ Minister in einem Kabinett, das mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, Sozialisten und dem Ex-Kommunist ein breites Spektrum umfasste. Da war die ganze deutsche Historie an einem Tisch. Wenn einer strategisch oder im Detail anderer Meinung war als Egon Bahr, dann ist er damit doch kein Verräter. Aber für die Sache wäre es sehr gut, wenn wir uns da diszipliniert verhalten.

So beschließt der Stiftungsbeirat einstimmig die folgende Erklärung zum 10jährigen Bestehen der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung:

„Die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung bekräftigt ihre Verpflichtung, das Andenken an den herausragenden Politiker Herbert Wehner, an seine Leistungen und an seine Grundsätze zu pflegen und in die politische Bildung einzubringen. Mehr als drei Jahrzehnte lang hat Wehner nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen Deutschlands den demokratischen Staat aufgebaut und in führender Position die SPD zur Volkspartei entwickelt. Er hat sie zur Unterstützung der Westintegration geführt, die ab 1970 betriebene Ost- und Friedenspolitik wirkungsvoll unterstützt sowie einer Vielzahl be-

drängter Menschen zur Ausreise aus der DDR verholfen.

Herbert Wehner hat seine politischen Ziele ernsthaft und diszipliniert verfolgt. Konflikte hat er dabei nicht gescheut, sondern sie konsequent, manchmal auch heftig und leidenschaftlich ausgefochten. Das hat bei anderen mitunter zur Verärgerung geführt, niemals aber Grund gegeben, die Aufrichtigkeit seiner Absichten oder gar seine persönliche Integrität in Zweifel zu ziehen.

Herbert Wehner hat für seine politische Lebensleistung in Staat und Gesellschaft Dank und hohe Anerkennung erfahren. Als unermüdlich aktiver, überzeugender Demokrat hat er Maßstäbe gesetzt, die für das politische Leben weiterhin beachtlich und hilfreich sind. Das Herbert-Wehner-Bildungswerk in Dresden bringt das in seiner Arbeit seit mehr als 20 Jahren zur Geltung. Seit 10 Jahren wird es dabei von der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung unterstützt. Diese macht sich zueigen, was Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt über Herbert Wehner zu dessen 100. Geburtstag hier in Dresden mit den Worten ausgedrückt hat:

„Ich empfinde große Dankbarkeit und mitmenschliche Zuneigung. Herbert Wehner war einer der ganz Großen.“

Darauf schließt Jürgen Schmude die Sitzung. Die Mitglieder und Gäste danken für die gute Bewirtung.